

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor dreieinhalb Monaten diskutierten wir auf unserer 2. Parteivorstandstagung die Aktionen des Herbstes.

In den Herbstwochen des Jahres 2010 engagierten sich im Lande Hunderttausende aktiv bei den Aktionen gegen Stuttgart 21, in der Anti-Atombewegung, bei den Protesten gegen Nazi-Aufmärsche und nicht zuletzt bei den Aktionen der Gewerkschaften gegen die Politik der Bundesregierung.

Das neue Jahr begann mit weiteren Aktivitäten und für uns mit einem erfolgreichen **LL-Wochenende**, an dem wir eine kämpferische Demonstration und am Abend zuvor nach der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ eine ausverkaufte DKP-Veranstaltung erlebten. Wir werden über die Schlussfolgerungen für 2012 noch gründlich zu beraten haben.

In den Tagen vor dem LL-Wochenende begannen jedoch bürgerliche Politiker von CDU/CSU bis SPD und Grünen sowie bürgerliche Medien auch eine hysterische Debatte über den **Kommunismus**.

Anlass waren bekanntlich ein Artikel der Vorsitzenden der Partei „Die Linke“ in der „jungen Welt“ und die Ankündigung, dass Gesine Löttsch sich bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz auf dem Podium gemeinsam unter anderem mit der Vorsitzenden der DKP, mit Bettina, und mit Inge Vieth, EX-RAF-Mitglied und in der antikapitalistischen Linken aktiv, einer Diskussion zum Thema „Wo bitte geht’s zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus“ stellen wollte.

Es ist schon pikant: In einer politisch durchaus auch für die Schwarz-Gelbe-Regierung schon angespannten Situation – die Guttenberg-Affäre stand noch nicht zur Debatte – kommt jemand mit einem realen Blick auf wichtige Abschnitte deutscher Geschichte, auf die Novemberrevolution 1918/19 und verpasste Gelegenheiten. Und verweist dann angesichts wachsender gesellschaftlicher Widersprüche auch noch sehr, sehr vorsichtig und nur ansatzweise auf eine fesselnde Utopie einer künftigen Assoziation freier Individuen. Und macht dabei darauf aufmerksam, dass die Herrschenden möglicherweise aus den Krisen keine Auswege mehr finden. Und erklärt dann auch noch, dass die andere Gesellschaft über einen langen Weg erst noch erkämpft werden muss und völlig unklar sei, welche Wege gegangen werden können.

Mehr nicht.

Gesine Löttsch verteidigte ansonsten in ihrem Artikel nur die lang bekannten Positionen ihrer Partei zum demokratischen Sozialismus ...

Es begann eine wüste antikommunistische Kampagne. Über Wochen hinweg empörten sich bürgerliche Medien und politische Gegner – auch Kritiker aus den Reihen der Partei „Die Linke“.

Allein die Andeutung des „Gespenstes“ des Kommunismus macht offenbar die herrschende Klasse, ihre politischen wie medialen Vertreter derzeit schon völlig nervös. Vor über 20 Jahren feierte man das „Ende der Geschichte“. Die ist aber – wie sich zeigt – vor allem wegen der Tatsache, dass sich Menschen mit ihrer Lage nie endgültig abfinden und immer wieder gegen Unterdrückung aufbegehren, ein ruheloser Maulwurf.

Rekapitulieren wir: Was für eine Besorgnis muss existieren, wenn schon die vorsichtigen Äußerungen von Gesine Löttsch zu einer solchen Hysterie und zu derartigen anti-

kommunistischen Hassausbrüchen führten? Es ist wohl – ich verkennen die aktuellen wahlpolitischen Überlegungen nicht, die die Debatte auch prägten – die Angst vor einer Utopie, die eben gar nicht so weltfremd ist, sondern auch heute tatsächliche Sehnsüchte, Wünsche und Ziele vieler ausdrückt.

Und diese Besorgnis wurde wenig später noch größer. Nicht nur wegen der Protestaktionen in anderen EU-Ländern, sondern vor allem wegen der Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten. Aber auch die Vorgänge in Japan zeigen, dass dieses System in die Barbarei führt – wenn es nicht überwunden wird.

Dabei sollte jedoch bei uns die Nachdenklichkeit überwiegen. Wir haben keinen Grund für Selbstgefälligkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im vergangenen Jahr ist auch hierzulande etwas in Bewegung geraten. Und das setzt sich derzeit fort. Wenn auch die Zahl der Demonstrierenden, derer, die sich an Menschenketten und Mahnwachen beteiligten, größer sein könnte angesichts der Millionenproteste in anderen Ländern.

Es hat sich in der Bundesrepublik jedoch vor allem qualitativ etwas verändert.

Ganz offensichtlich hat dies etwas mit Lernprozessen zu tun. Und solche Lernprozesse müssen nicht nur in Betrieben, in Belegschaften durch Kämpfe und Vermittlung von Erfahrungen sowie vor allem Wissen weiter unterstützt und vorangetrieben werden. Und nicht nur in Betrieben sowie Gewerkschaften, sondern auch in sozialen, in der antifaschistischen, in der Friedens-, in der Frauenbewegung und in der Anti-AKW- wie der Ökologie-Bewegung.

In der gegenwärtigen Situation ist eine unsere wichtigsten Aufgaben als Kommunistinnen und Kommunisten Wissen zu vermitteln, zur Erkenntnis beizutragen, dass Veränderungen möglich sind und Lernprozesse, d. h. Aktionen mit zu initiieren und zu organisieren.

Zunächst bedeutet dies in heutige Auseinandersetzungen uns aktiv und offen einzumischen, wie das die Genossinnen und Genossen der DKP in vielen Orten bereits seit Langem tun. Das heißt aber auch, dazu beizutragen, dass die Prozesse weitergeführt und die Bündnis breiter werden, strategische Überlegungen einzubringen, und dass – auch durch unsere Arbeit - mittelfristig breite und dauerhafte Bündnisse entstehen, die für eine soziale und demokratische gesellschaftliche Alternative zu gegenwärtigen Politik kämpfen.

Dafür gibt es derzeit nicht wenige Ansätze.

Wenn dies auch jetzt nicht gelingt, dann wird genau das passieren, worauf Leo in seinem Referat auf der 2. Parteivorstandstagung vor 3 ½ Monaten aufmerksam machte: „...dann wird es den Herrschenden leicht fallen, die Proteste in Resignation versanden zu lassen, oder mit einer ‚Erneuerung‘ des Kapitalismus Teile der oppositionellen Kräfte auf ihre Seite zu ziehen“.

Das ist ein schmaler Grat – wie sich derzeit in der Atompolitik zeigt. Da versucht jetzt die Merkel-Regierung, sich durch ein dreimonatiges Moratorium Luft zu verschaffen und die Gemüter zu beruhigen.

Sie versucht die Spaltung der gewerkschaftlichen Aktionen.

Passend dazu wird mit der „Extremismusklausel“, von Ministerin Schröder „Demokratieerklärung“ genannt, versucht antifaschistische Projekte und Initiativen zu spalten. Diese Klausel, mit der letzten Endes nur nach einer „Gesinnungsprüfung auf Verfassungstreue“ eine finanzielle Förderung erfolgen soll, trifft auch inzwischen etablierte Projekte der Arbeit gegen Rechts. Grund für diese Klausel ist sicher auch, dass in vielen Projekten Menschen arbeiten, die es als unverzichtbar ansehen wirklich breite Bündnisse zu entwickeln, um erfolgreich zu sein.

Inzwischen hat neben der VVN-BdA und vielen anderen Organisationen auch der DGB festgestellt, dass Gewerkschaften als Antragsteller gleichfalls von dieser Klausel betroffen sind. Michael Sommer wies gegenüber Ministerin Schröder darauf hin, „das insbesondere die ‚Gesinnungsüberprüfung‘ von Partnerorganisationen ... kontraproduktiv sei. Denn sie führt zu einer erheblichen Belastung der auf Vertrauen gegründeten Zusammenarbeit der Initiativen und Gruppen und einem gesellschaftlichen Klima des Misstrauens.“ Abgesehen davon sieht der DGB verfassungsrechtliche Bedenken, gegründet auf ein Gutachten von Prof. Ulrich Battis, der Teile der Klausel als nicht mit dem Grundgesetz Art.3 Abs.1 vereinbar sieht.

Die Regierenden stoßen auf wachsenden Widerstand: in antifaschistischen Initiativen und Organisationen, durch Gewerkschaften und linke Parteien. Wir werden mit dafür sorgen, dass ihr Vorhaben nicht gelingt, dass die nicht nur gegen Linke gerichtete „Extremismusklausel“ fällt, dass die antifaschistischen Bündnisse breiter werden und wir gemeinsam weiter erfolgreich Nazi-Aufmärsche blockieren: nicht nur in München, Berlin, Dresden usw., sondern überall!

Blockieren bleibt unser Recht und auch wir werden uns weiter engagieren, bis alle Nazi-Aufmärsche, die faschistischen Organisationen, ihre Ideologie und Politik Geschichte sind.

Auf der Straße zeigt sich die Zunahme an Aktivitäten derzeit vor allem bei den Aktionen der Anti-AKW-Bewegung und bei antifaschistischen Blockaden, Demonstrationen und Mahnwachen - nicht nur in Dresden, wo wir mit über 20 000 Antifaschistinnen und Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung aus Dresden, aus anderen Bundesländern und dem Ausland den faschistischen Aufmarsch verhindern konnten.

Faschistische Ideologie ist immer auch rassistische Ideologie. Deshalb gilt es für uns auch, die am 22. März beginnende Kampagne „Abolish! Zur Abschaffung diskriminierender Gesetze gegen Flüchtlinge“ zu unterstützen. Der Schwerpunkt der Aktionen ist gegen die „Residenzpflicht“ und das „Asylbewerberleistungsgesetz“ gerichtet.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 24. Februar gab es betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen, Protestversammlungen während der Arbeitszeit oder verlängerten Pausen, um gegen Leiharbeit zu protestieren. Daran beteiligten sich im Bereich der IG Metall mit den Schwerpunkten Baden-Württemberg und Bayern mehr als 210 000 Kolleginnen und Kollegen aus 1 360 Betrieben - vorwiegend der Metall-, Elektro- und Automobilindustrie. Leiharbeit wie wir alle wissen - derzeit eine der profitabelsten Vermarktungen der Ware Arbeitskraft.

Gewerkschaftliche und politische Diskussionen darüber, dass nach den Herbstaktivitäten der Gewerkschaften nicht eine „Ruhephase“ bis zum nächsten Herbst folgen dürfe, wurden schon vor Jahresende 2010 geführt. Ein Ergebnis davon war der bundesweite Aktionstag der IGM am 24. Februar. Aktuelles Ziel gewerkschaftlicher Kritik

Kritik war dabei auch das Verfahren im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat, das für die Hartz-IV-Opfer keine Verbesserung und ein für die SPD blamables Ergebnis brachte. Von der Forderung nach gleichem Lohn bei gleichwertiger Arbeit für Zeit- und Leiharbeitskräfte blieb nur noch der Mindestlohn für diese in gerade mal drei Branchen übrig.

Die IG BAU legte ihren Schwerpunkt mehr auf die Rente mit 67. Bauarbeiter erreichen in der Regel nicht einmal mehr die bisherigen Altersgrenzen für die Verrentung. Am 21. Februar luden Baugewerkschafter über 100 000 Unterschriften, insgesamt 4 000 Meter auf Kabeltrommeln aufgewickeltes Papier, in Berlin ab. Im Osten der Republik forderten sie mit verschiedenen Aktionen endlich den gleichen Lohn für Bauarbeiter wie im Westen des Landes.

Der DGB und einige Mitgliedsgewerkschaften orientierten ebenfalls auf den 24. Februar. Dazu gab es Materialien und Presseerklärungen.

Sich bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Aktionen solidarisch einzubringen ist die Aufgabe aller Linken, vor allem auch der Kommunistinnen und Kommunisten. Viele Gruppen der DKP gingen deshalb am Aktionstag und in den Tagen zuvor und danach an die Öffentlichkeit. In einem UZ-Extra, das in einer Auflage von 35 000 Exemplaren erschien, wurde durch uns die Leiharbeit u. a. als moderne Sklaverei angeprangert und das Verbot gefordert. Ein erster Schritt muss die Durchsetzung gleicher Bezahlung von Leih- wie Stammarbeitskräften sein.

Nicht nur gegen Leih- und Zeitarbeit, gegen prekäre Beschäftigung sowie gegen die Rente mit 67, sondern auch gegen den europäischen „Pakt für den Euro“, mit dem nach Plänen von Sarkozy und Merkel die Tarifautonomie eingeschränkt, die Lohnentwicklung an die Produktivität gekoppelt und damit auch das Lohnindexierungssystem in Belgien und Luxemburg abgeschafft werden soll, gab es gewerkschaftliche Aktionen. Der DGB protestierte gemeinsam mit Gewerkschaftern aus Belgien und Luxemburg am 21. März in Berlin gegen diesen Pakt.

In den gegenwärtigen Tarifikämpfen – auf die GDL wird in der Diskussion sicher noch gesondert einzugehen sein - sind viele Kolleginnen und Kollegen kampfbereiter, mit niedrigen Abschlüssen unzufrieden und äußern dies deutlich.

Völlig unverständlich - und in den Gewerkschaften teils heftig kritisiert - ist die Beteiligung des DGB an einer Gesetzesinitiative des BdA zur faktischen Einschränkung des Streikrechts.

Die DKP lehnt jede Einschränkung des Arbeitskampfrechts in der Bundesrepublik Deutschland ab, das sowieso schon weit entfernt von einem allgemeinen Streikrecht ist. Unsere gewerkschaftlich organisierten Mitglieder werden auch weiter in ihren Gewerkschaften die Diskussion um das Thema führen, das bestimmt auch beim Gewerkschaftstag der IG Metall und beim Kongress von ver.di eine Rolle spielen wird. Initiativen wie jener der Gewerkschaftslinken stehen wir offen gegenüber wie allen, die eine konstruktive und solidarische Diskussion führen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Situation rücken jetzt die Jugendverbände der DGB-Gewerkschaften und die DGB-Jugend mit der Initiative „Wie willst Du leben?“ völlig zu Recht die Zukunftsthemen der jungen Generation in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Sie haben beim Beginn der Planungen bestimmt nicht erwartet, dass die Welt Anfang 2011 so in Bewegung gerät.

Die Situation ist auch hierzulande offenbar schon lange reif für Fragen wie „Wie willst Du leben?“, „Welche Erwartungen hast Du an die Zukunft?“, „In welcher Welt willst Du leben?“, weil die gesellschaftlichen Widersprüche immer spürbarer werden und eben nicht nur Diskussionen um Alternativen im Bereich der Energiegewinnung und des Umweltschutzes nötig, sondern Widersprüche in vielen Bereichen aufgebrochen sind.

Eine breite Debatte um eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative ist lange überfällig.

Wäre es da nicht spannend und gut, wenn gerade jetzt unsere Gruppen vor Ort – vielleicht gemeinsam mit der SDAJ und mit Bündnispartnern – den jungen Gewerkschaftern Streitgespräche anbieten könnten? Gerade weil wir meinen, dass die Arbeiterklasse nach wie vor die entscheidende Kraft für die Veränderung der Verhältnisse ist?

Da haben wir doch ein riesiges Pfund: Die geschichtlichen Erfahrungen unsere Genossinnen und Genossen gehören dazu, die klassenmäßige Einschätzung der Entwicklungen in anderen Regionen der Welt. Und zu unserer Stärke gehört auch, dass wir aufgrund der Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen durchaus schlüssig begründen können, warum der Kapitalismus eben nicht das Ende der Geschichte ist.

Wir sollten meines Erachtens viel aktiver und selbstbewusster für unsere in unserem Parteiprogramm formulierten Vorstellungen über die Möglichkeiten eines Wandels zu demokratischem und sozialen Fortschritt durch Massenaktionen und für unser sozialistisches Ziel werben, das nach unserer Auffassung, „das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen“ (Programm der DKP).

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Nordafrika, im Nahen Osten, aber auch im Bundesstaat Wisconsin in den USA ist die Wut gegen Armut, Ausgrenzung, wachsende soziale Spaltung und gegen die Arroganz der Herrschenden bereits umgeschlagen in breite Bereitschaft zum Protest und in aktives Handeln vieler Menschen.

„Wenn in Ägypten Demokratie möglich ist, warum dann nicht in Wisconsin?“, war vor wenigen Wochen auf einem der Protestplakate in Madison, der Hauptstadt des US-Bundeslandes Wisconsin zu lesen.

Dort protestierten Hunderttausende gegen ein geplantes Gesetz, das Gouverneur Scott Walker und die republikanische Mehrheit im Kongress des Bundesstaates inzwischen im Senat mit einem üblen Trick durchsetzten. Darin sind massive Kürzungen in der Gesundheits- und Rentenversorgung der staatlichen Angestellten vorgesehen. Das Tarifrecht der Beamtengewerkschaft soll ausgesetzt, die Gewerkschaftsbewegung weiter geschwächt werden.

Viele Menschen wollen und können so nicht mehr leben. Der Dokumentarist Michael Moore machte auf einer Demonstration in Madison am 6. März in seiner Weise auf die Klassenspaltung der Gesellschaft aufmerksam: „Das Land badet im Reichtum. Er ist nur in anderen Händen. Im größten Raubzug der Geschichte ist es von den Arbeitern und Konsumenten zu den Banken und in die Taschen der Superreichen transferiert worden.

Heute besitzen 400 Amerikaner so viel wie die Hälfte aller US-Bürger zusammen“ (Zitiert nach UZ, 11. 3.2011, S. 2)

In Nordafrika, vor allem in Tunesien und Ägypten gab es andere Gründe, warum die Menschen auf die Straße gingen und dort blieben, bis sie die Diktatoren Ben Ali und Mubarak vertrieben hatten.

Aber auch hier geht es vor allem um die wachsende Kluft zwischen dem Reichtum weniger und dem schlechten Leben, der Armut oder gar dem Elend vieler.

Die **Prozesse der Veränderung im Nordafrika sowie im Nahen Osten** sind lange nicht beendet, denn es geht vielen Menschen dort – unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen - nach wie vor offenbar nicht nur um mehr Demokratie und demokratische Rechte oder nur darum, Diktatoren und ihre Handlanger davonzujagen, sondern um die Überwindung der Armut, des Hungers, um Arbeit und Zukunft, um ein würdevolles Leben. Erste Erfolge wurden erreicht. In Ägypten, Tunesien, Algerien werden die Gewerkschaften und vor allem die Gewerkschaftsbasis aktiver, neue unabhängige Gewerkschaften bilden sich. Es gibt neue progressive Gruppierungen, die in sich den Auseinandersetzungen formierten.

Die Forderung nach einem würdevollen Leben war Auslöser für Rebellion, ist und bleibt Antrieb für dauerhaften Widerstand.

Die Lage der Menschen in der nordafrikanischen Region und im Nahen Osten war und ist nicht nur Folge der Etablierung autokratischer Systeme nach der Befreiung vom Kolonialjoch, von denen wir in den 60er und 70er Jahren oft geglaubt hatten, dass diese Länder auf dem Weg zum Sozialismus befinden oder zumindest an seiner Seite sind. Auch hier – wie bei Gaddafi - mussten wir lernen.

Die Lage der Menschen in der Region ist zunehmend Resultat des Drucks von Weltbank und IWF, der Verteuerung von Nahrungsmitteln und der Spekulation und damit Folge der Auswirkungen neoliberaler Politik und Ideologie. Der vollständige Abbau der Zollschränken mit der EU führte zu Betriebsschließungen und dem Abbau von Arbeitsplätzen für höher Qualifizierte.

Die Umbrüche in Nordafrika, die „Tage des Zorns“ hatten sich schon lange angekündigt. Bereits in den 80er Jahren gab es sogenannte Brotrevolten in mehreren arabischen Ländern. So in Marokko. Grund war die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise aufgrund von Strukturanpassungsmaßnahmen, die der Internationale Währungsfonds gefordert hatte. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen. So fanden beispielsweise im Nildelta seit 2008 regelmäßige Streiks der Textilarbeiterinnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen statt.

Es gibt heute nach wie vor gravierende Entwicklungsdefizite, denn das Großkapital hat kein Interesse an der industriellen Entwicklung in der Region, nur an den Ressourcen. Die Bevölkerung wächst, Wasser, fruchtbares Land werden knapper. Es entstehen – aufgrund geringen Wirtschaftswachstums - nur wenige neue Arbeitsplätze. Allein bis 2020 werden in der Region 51 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt (Heinz-Dieter Winter, Von einer Zone des Zorns zu einer Zone des Friedens, ND vom 19./20. März 2011, S. W4)

Vor allem die Generation der unter 35-Jährigen – das sind zwei Drittel der Bevölkerung - sieht unter solchen Bedingungen keine Zukunft für sich und ihre Familien. In Tunesien und einigen anderen Ländern gibt es eine gut ausgebildete, aber aufgrund von Arbeitslosigkeit perspektivlose junge Generation. Unter den Hochschulabgängern in Tunesien sind etwa 20 Prozent, bei den gering Qualifizierten nur etwa 5 Prozent arbeitslos.

Die gegenwärtigen Umbrüche haben, auch wenn derzeit meist Veränderungen blockiert und die Eigentumsverhältnisse noch nicht angetastet werden, Auswirkungen auf andere Regionen der Welt.

Das, was wir bislang erlebt haben, waren spontane Massenerhebungen. In den wenigsten Ländern der Region gibt es kämpferische Gewerkschaften – trotz bedeutender Traditionen (so gab es in Ägypten erste Gewerkschaften nach 1. Weltkrieg, 1922 wurde ein Dachverband gegründet, der der Roten Gewerkschaftsinternationale beitrug). Meist ist die Gewerkschaftsbewegung heute wie in Tunesien gespalten.

Die Linken haben kaum Einfluss. Die Kommunistischen Parteien sind bis auf wenige Ausnahmen klein, haben geringen Einfluss, sind in der Illegalität oder wurden zerschlagen. Daran hatte auch Gaddafi Anteil.

Die Motive und Ursachen der Volkserhebungen im arabischen Raum sind im Einzelnen – wie wir wissen – sehr unterschiedlich. So wie die agierenden Kräfte. Noch werden meist bürgerlich-demokratische Forderungen gestellt, lange keine sozialistischen. Dafür gibt es kaum Voraussetzungen. Die Ziele beinhalten insbesondere den Sturz der despotischen Regime und die Durchsetzung demokratischer wie sozialer Grundrechte für die Mehrheit der Menschen. Auch Monarchisten und andere reaktionäre Kräfte werden aktiv.

Das „Linke Arabische Forum“ (ein Beratungsorgan verschiedener linker und kommunistischer Kräfte und politischer Parteien des arabischen Raumes) schätzte zum Abschluss seiner Beratungen in Beirut am 18./19. Februar, zu dem die Libanesischen KP eingeladen hatte, unter anderem ein:

„Die beiden Revolutionen in Tunesien und Ägypten bilden einen qualitativen Sprung im arabischen politischen Leben, indem sie zeigten, dass ein fortschrittlicher Wandel möglich ist. Sie zeigten konkret die Machbarkeit eines Sieges über despotische Regime, die durch Unterdrückung, Ausbeutung, Verarmung des Volkes, vollständige Unterwerfung der nationalen Ökonomien gegenüber dem IWF und der Weltbank, sowie durch vollständige Unterwürfigkeit ihrer Politik gegenüber dem imperial-zionistischen Vorhaben in der Region gekennzeichnet sind. ...

Die Massenbewegung und die Gewalt, deren Zeugen wir sind, haben der arabischen Welt einen neuen Horizont eröffnet. Ein durch den Kampf der Jugend und der Werktätigen von Tunesien und Ägypten und unter bemerkenswerter und wirksamer Unterstützung der arabischen Frauen geschaffener Horizont. Das schafft Gelegenheit und Herausforderungen für die Kräfte der arabischen Linken, sich unter dem Programm eines demokratischen und sozialen Wandels zu vereinen, mit zwei zentralen und verbundenen Aufgaben.

Zum Ersten muss so ein Programm gegen die reaktionären internen Kräfte gerichtet sein, die versuchen, das Erwachen der Massen in Tunesien und Ägypten für ihre eigenen Pläne auszunutzen, welche keine radikale Veränderung gegenüber dem gegenwärtigen Status in der arabischen Welt vorsehen. Im Gegenteil würden diese Pläne die gleichen Regime reproduzieren, lediglich mit neuer Fassade. Zweitens ist ein Programm zur Vereinigung der arabischen linken Kräfte notwendig, um den Aktivitäten der US-amerikanischen Imperialisten und der zionistischen Besatzung und den zionistischen Angriffen unter dem Banner von tatsächlichem und spürbarem Wandel etwas wirksam entgegen zu setzen.“
(Zitiert nach, www.kommunisten.de)

Mit den derzeitigen Angriffen auf Libyen soll dem wohl auch gegengesteuert und Druck ausgeübt werden.

Die – vom UN-Sicherheitsrat am 17. März mit der Resolution 1973 sanktionierte - gemeinsame **Aktion einiger NATO-Staaten mit den USA an der Spitze in Libyen** bewegt uns in diesen Tagen in besonderer Weise. Der UN-Sicherheitsrat hat zuvor im Interesse der imperialistischen Hauptmächte entschieden und die eigene UN-Charta (Artikel 2, Absatz 7) und Völkerrecht verletzt. Entsprechend Artikel 2, Absatz 7 kann aus der Charta eine Befugnis der UNO zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, nicht abgeleitet werden.

In diesem Zusammenhang ist uns unverständlich, warum Südafrika der Resolution zustimmte, China und Russland sich enthielten und ihr Vetorecht nicht nutzten.

Die imperialistische Hauptländer sind auf dem Weg, das Völkerrecht auszuhebeln und sich das „Recht“ auf Intervention in die inneren Angelegenheiten zu nehmen wieder einen Schritt weiter gekommen.

Es ist die größte Kriegsaktion seit der Annektion des Irak. Jene, die heute über Libyen herfallen, haben nicht gegen massive Verletzungen von politischen Grundrechten in Saudi-Arabien protestiert. Auch nicht gegen die blutige Niederschlagung der Proteste in Bahrain durch saudisches Militär. Und gegen Mubaraks oder Ben Alis Unterdrückung ist man niemals in den letzten Jahrzehnten vorgegangen.

Zu Beginn der Angriffe gegen Libyen erklärte vor einer Woche US-Präsident Obama, das libysche Volk müsse „beschützt werden“. Das Volk? Oder jene Stammesführer, die die Einnahmen aus dem Ölexport nicht mehr mit Gaddafi teilen wollen? Oder jene Aufständischen, die die Fahne der Monarchie schwenken?

Und wovor soll das „Volk“ geschützt werden? Soll das „Volk“ vor der besseren sozialen Lage im Land im Vergleich zu den Nachbarländern – trotz hoher Arbeitslosigkeit - geschützt werden? Oder vor der Politik Gaddafis, der immerhin nach wie vor die nationalen Ressourcen vor dem Zugriff der großen Monopole zu schützen versucht?

Lange haben Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, die USA ihn nicht nur toleriert, sondern seit vielen Jahren mit ihm zunehmend Geschäfte abgewickelt. Seit über einem Jahrzehnt hatte der, der einst einen „arabischen Sozialismus“ propagierte, auch seinen Frieden mit den USA gemacht. Sie haben ihm wie dem Diktator Ben Ali in Tunesien Geld gegeben, Menschen mit Gewalt davon abzuhalten über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Deshalb geht es jetzt gewiss nicht gegen die Korruption des Gaddafi-Clans.

Man will angeblich die Zivilbevölkerung schützen und bombardiert das Land, mischt sich mit Gewalt in die inneren Angelegenheiten Libyens ein. Schon in den ersten Stunden wurde klar, dass die Durchsetzung einer Flugverbotszone letztlich nicht ohne massive Eingriffe am Boden gelingen kann.

Ganz offensichtlich soll ein Marionettenregime etabliert werden, das den Zugriff des Kapitals auf das Libysche Öl und Erdgas sichert. Ressourcen, die die Hauptländer des Kapitals bis zur Revolution 1969 als ihr Eigentum betrachteten.

Bloomberg.com schrieb am 22. Februar, Libyen sei zwar nur der drittgrößte Erdöllieferant Afrikas, besitze aber erwiesenermaßen die größten Reserven.

Libyen hat das Potenzial für gigantische Profite für die großen Ölkonzerne. Das libysche Öl geht vor allem nach EU-Europa (etwa ein Zehntel der Gesamtlieferungen für Europa,

für Deutschland waren diese im vergangenen Jahr acht von 93 Mio. Tonnen Gesamtimport 2010).

Im Blick der Konzerne sind auch die riesigen unterirdischen Süßwasserreserven des Landes.

Und man will die politische Kontrolle über die Region zurückgewinnen, die Volksbewegungen einschüchtern, den Willen zur Veränderung brechen. Dazu dient auch die Seeblockade im Mittelmeer.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Sicherheitsrat der Stimme enthalten, was gewiss begrüßenswert ist und beteiligt sich nicht direkt an der NATO-Aktion, was alles unter anderem auch der Stimmung im eigenen Land geschuldet ist. Richtig wäre eine Ablehnung gewesen.

Doch bereits kurz nach Beginn der Luftangriffe erklärte Kanzlerin Merkel bekanntlich andererseits bereits ihre Solidarität mit den an den Angriffen beteiligten NATO-Staaten, will die Bundeswehrtruppen in Afghanistan aufstocken, um die anderen zu „entlasten“. Die einzige richtige Konsequenz wäre gewesen: Keinerlei Beteiligung an Kriegsabenteuern, Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten folgt daraus

Erstens, dass wir sehr genau auch die kleinen Dinge des alltäglichen Lebens wahrnehmen müssen, bei denen es den Leuten nicht um die große Politik und den Wandel geht, sondern zunächst um ganz konkrete Rechte und um ein würdevolles Leben, eine lebenswerte Zukunft für sich und ihre Kinder. Auch daraus können Protest, Bewegung, Widerstand entstehen. Wir erleben das vor Ort ja immer wieder selbst.

Zweitens verweisen wir angesichts des „Menschenrechtsgeredes“ bei den Interventionen im Irak, in Afghanistan und jetzt in Libyen auf die tatsächlichen Ziele der Aggressoren, auf ihre Schritte zur Sicherung immer knapper werdender Ressourcen im Interesse des Großkapitals, auf die Erlangung geopolitischer Überlegenheit und die Wiederherstellung der eigenen Machtpositionen in der Region, die durch Volksbewegungen erschüttert wurden.

Drittens setzen wir dagegen, dass es den Herrschenden der Welt überhaupt nicht um die Verteidigung von Menschenrechten geht, denn die sozialen Grundrechte werden in diesem Zusammenhang immer bzw. immer mehr ausgeklammert. Und die politischen Rechte werden uminterpretiert, um die rigorosere Durchsetzung eigener Interessen zu rechtfertigen.

Viertens geht es um die Verstärkung der internationalen Solidarität. Dazu liegt Euch zur Diskussion und zur Verabschiedung eine Erklärung unserer Partei zur Aggression gegen Libyen vor.

In diesem Zusammenhang sei mir noch ein Hinweis gestattet. Eine Reihe von Genossinnen und Genossen habe uns die Frage gestellt, warum die DKP nicht unter der Erklärung von inzwischen etwa 60 Kommunistischen und Arbeiterparteien steht. Dazu müssen wir anmerken, dass wir den Entwurf der Erklärung nie erhalten haben, sondern erst nach der Veröffentlichung davon erfuhren, mittlerweile aber unterschrieben haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Uns bewegen zudem nach wie vor die Ereignisse in Japan, die bei uns im Lande zu neuen Auseinandersetzungen um die Atompolitik der Regierung im Interesse der großen Stromkonzerne und zum entschiedenen Widerstand vieler Menschen führen, die sich den Protesten der Anti-AKW-Bewegung anschließen. Heute finden Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg, Köln und München unter der Losung „Fukushima heißt: Alle AKWs abschalten!“ statt.

Aus Wut wird Mut.

Unser Platz ist in dieser Bewegung. Der Termin unserer Parteivorstandstagung konnte nicht verschoben werden, weil wir in der gegenwärtigen politischen Situation eine gemeinsame Beratung und Einschätzung brauchen und auch wegen der nötigen Beratungen zur Vorbereitung unseres Pressefestes.

Unter dem Zeichen des Protestes gegen Atomwaffen und Kernkraftwerke werden jedoch auch die Ostermärsche in diesem Jahr stehen, zu deren Erfolg wir in den nächsten Tagen und Wochen mit beitragen wollen. Unterstützt deshalb die Ostermarschaufufe wie beispielsweise den gemeinsamen Aufruf der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung aus Frankfurt a. M. zum Ostermarsch „Eine Zukunft ohne Atomwaffen und Atomkraftwerke“. Sorgt für Verbreitung! Werbt für die Aktionen der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die nukleare Katastrophe in Japan ist – das wird immer deutlicher - nicht allein Folge einer Naturkatastrophe. Wissenschaftler haben seit vielen Jahren erklärt, dass in dieser und anderen Regionen der Welt verheerende Erdbeben drohen. Die Vorhersage hat sich – zunächst nur für Japan – bestätigt.

Die Anforderungen an die Erdbebensicherheit aller japanischen Atomkraftwerke reichten und reichen nicht aus. Das hätte für Betreiber und Staat zusätzliche Kosten bedeutet, die Profite gemindert. Ist das in anderen Ländern – beispielsweise in den USA – anders?

Die Kernenergiegewinnung ist jedoch nicht nur wegen möglicher Naturkatastrophen technisch-technologisch nicht beherrschbar. Das zeigen Störfälle weltweit, die unterschiedliche Ursachen haben. Eine der wichtigsten Ursache für Störfälle und Katastrophe ist gewiss nach wie vor das Profitstreben der Produzenten von Reaktoren (in diesem Fall die US-Firma Westinghouse) sowie der Betreiber (in diesem Fall TEPCO). TEPCO musste inzwischen zugeben, die Reaktoren in Fukushima 1 nicht ausreichend gewartet und geprüft zu haben. Die Firma, der größte Energiekonzern Japans, ist dafür bekannt. Wir haben darüber auch in der UZ berichtet. Und hier wie bei den anderen Atommeilern weltweit geht es nicht um „Peanuts“ oder vorübergehende Zerstörungen: Über Jahrhunderte, ja Jahrtausende bleiben durch die Strahlung tödliche Gefahren für Mensch und Umwelt.

Viele Jahre lang behaupteten Regierungen in aller Welt, Kernenergie sei völlig sicher. Und sie sei notwendig, weil man ansonsten den wachsenden Energiebedarf der Menschheit und vor allem der Unternehmen nicht befriedigen könne. Störfälle wurden selten bekannt, die Auswirkungen blieben meist lokal beschränkt.

Am 28. März 1979 ereignete sich jedoch ein schwerer Nuklearunfall im Kernkraftwerk bei Harrisburg, USA. Es kam zu einer partiellen Kernschmelze - und zu Protesten im Land sowie in Europa, zur Formierung einer breiteren Anti-AKW-Bewegung. Die Öffentlichkeit wurde aufmerksamer.

Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 zeigte vielen Zweiflern, dass die Ant-AKW-Bewegung mit ihren Einschätzungen und Aktionen Recht hatte. Die Betreiber von Kernkraftwerken in den USA, in Westeuropa und der Bundesrepublik, nutzten die Situation aber auch, um von Störfällen und der Unsicherheit der eigenen Atommeiler abzulenken. Bis zum heutigen Tag wird behauptet: Das war ja nur die marode Technik der Sowjets, das ist bei uns nicht möglich.

Man begann von „verbleibenden Restrisiko“, das aber beherrschbar sei, zu reden.

„Restrisiko“? Dieses Gerede sollte abwiegeln, tatsächliche Gefahren klein reden, davon ablenken, dass auch ein solches „Restrisiko“ zu tödlichen Wirkungen führen kann und deshalb nicht zu akzeptieren ist.

Jahre später, mit der Erkenntnis, dass ein Klimawandel droht, kam die Mär hinzu, die offenbar auch Kanzlerin Merkel bevorzugt: Die CO₂-freie Kernenergiegewinnung sei eine „Brückentechnologie“, die in das „Ökoenergie-Zeitalter“ führe. Und zwei Tage nach Erdbeben und Tsunami in Japan – als längst bekannt war, dass es zu einer nuklearen Katastrophe kommen kann – erklärte sie noch, ganz im Sinne des Deals, den die Bundesregierung im Herbst 2010 mit den großen Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung deutscher AKWs geschlossen hatte: „Ich kann heute nicht erkennen, dass unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind. Sonst müsste ich sie ja mit meinem Amtseid sofort abschalten.“

Nur wenige Stunden später folgten eine Kehrtwende. Die Bundesregierung lenkte ein. Scheinbar. Wohl aufgrund wachsender Empörung im Land. Viele Menschen reagieren mit Entsetzen auf die japanische Tragödie, zu der jetzt soziales Elend kommt, und sie reagieren mit Ablehnung auf die Rechtfertigung der Atomenergiepolitik durch die Bundesregierung.

Deshalb und wegen der bevorstehenden Landtagswahlen vor allem auch an diesem Wochenende in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz diese Kursänderung.

Auf einer nicht-öffentlichen Sitzung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), an der Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle als Gast teilnahm, erklärte der bekanntlich, dass angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen Druck auf der Politik laste und die Entscheidungen daher nicht immer rational seien.

Ein Moratorium wurde von Kanzlerin Merkel just an jenem Tag vorgeschlagen, an dem die BDI-Sitzung stattfand. Danach ist plötzlich Kernenergiegewinnung doch nicht so sicher wie immer behauptet. Sicherheitsüberprüfungen sollen stattfinden, sieben Kraftwerke werden zeitweilig abgeschaltet. Der Deal mit den großen AKW-Betreibern, denen das Moratorium nicht passt und die dagegen rechtliche Schritte einleiten wollen, ist jedoch nicht in Frage gestellt. Wer dies glaubt, hat vergessen, wer im Land tatsächlich die Macht hat.

Möglicherweise spielt auch die Überlegung eine Rolle, dass man nach einer Reihe von Skandalen (zuletzt Guttenberg und das E10-Deseaster), nur so die Regierungskoalition bis zu den nächsten Bundestagswahlen retten kann: Ein durchsichtiges und allein taktisches Manöver. Diese Bundesregierung wird ihre Atompolitik nicht ändern, wenn nicht vor allen die außerparlamentarische Bewegung massiv an Kraft gewinnt und Druck ausübt. Es geht um das Leben und die Zukunft.

Deshalb die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und nach Abschaltung aller AKW.

Doch die Forderung allein wird aus Sicht der DKP nicht ausreichen, wenn nicht die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden.

Derzeit wird übrigens in einigen Kommentaren bürgerlicher Medien behauptet, dass sich mit dem GAU in Tschernobyl schon das Ende des Sowjetsozialismus angekündigt habe. Folgt man dieser Argumentation, dann kündigt sich in Japan gerade das Ende des Kapitalismus an. Zeit wäre es, denn der ist schon lange „überreif“.

Die Folgen der Zerstörungen in Japan sind auch ökonomisch noch nicht absehbar. Der Ausfall vieler Produktionsstätten hat aufgrund der weltweiten Vernetzung der Produktion nicht nur für die japanische Ökonomie Bedeutung, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt. Es kommt bereits zu ersten Produktionseinschränkungen in Europa und den USA.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn die DKP heute für die sofortige Abschaltung der AKW im Land wie weltweit eintritt, dann müssen wir jetzt auch daran erinnern, dass dies für die Partei ein schwieriger Weg der Erkenntnis war.

Noch im Mannheimer Programm der DKP von 1978 wurde die Nutzung der Kernkraft grundsätzlich bejaht. Lange Zeit galt es in unserer Partei, wie Gerd Deumlich 1993 in seinem Beitrag „Buchstäblich eine Kernfrage“ für das Buch „25 Jahre DKP. Eine Geschichte ohne Ende“ schrieb, als gesicherte Erkenntnis, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie ein „starkes Stück Menschheitsfortschritt“ bedeutet.

Es war in diesem Zusammenhang völlig richtig, Profitstreben anzuprangern und das ist es noch heute. Doch Erkennbarkeit und Beherrschbarkeit von Naturprozessen fallen, wie Gerd damals völlig richtig schrieb, nicht zusammen.

Zudem folgen Technik und Technologie eben auch anderen, eigenen Gesetzen, deren Eigenständigkeit im Vergleich zu Natur- und Gesellschaftsgesetzen auch in der marxistischen Diskussion lange umstritten war. Aber ein Stromkreis brennt nun mal auch unter sozialistischen Bedingungen durchaus nicht „vorausgeplant“ durch. Und auch unter sozialistischen Bedingungen versagen Menschen manchmal in komplexen Entscheidungssituationen und unter großem Zeitdruck.

Es mussten wohl erst die Ereignisse von Tschernobyl passieren, in einem Land von dem man – wie Gerd Deumlich schrieb – „überzeugt war, dass dort das gebändigte Atom in guten Händen ist“ (siehe ebenda, S. 102), um solche und andere Probleme zu erkennen.

Er macht in diesem Aufsatz darauf aufmerksam, dass dann im Juni 1986 in einer Entschließung des Parteivorstandes aufgrund der Auseinandersetzungen um die Ereignisse in Tschernobyl verlangt wurde, es müssten weltweit und in der BRD „verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um auf die Energieerzeugung durch Kernspaltung als historisch begrenzte Übergangslösung so schnell wie möglich verzichten zu können.“ Der 9. Parteitag forderte schließlich im Jahr 1989 „den weltweiten Ausstieg, und für unser Land den sofortigen Ausstieg.“ Das ist die Position, die sich die Partei schwer erarbeiten musste, in der Irrtümer erkannt wurden und eine Korrektur bisheriger Vorstellungen erfolgt.

Gerd verweist darauf, dass das eine eigenständige Entscheidung der DKP war, „eine gravierende Neuerung in ihrer antimonopolistischen Politik wie in ihren Vorstellungen über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt“.

Die Erkenntnis war also: Wissenschaftlich-technische Entwicklungen sind vor allem dann nicht akzeptabel, wenn sie human nicht vertretbar sind, wenn sie die Existenz von Mensch und Natur bedrohen. - Im Kleinen wie auch im Großen.

Das klingt heute alles selbstverständlich. War es wohl aber lange überhaupt nicht.

Die Forderung in der gegenwärtigen Situation ist für uns klar: Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abschalten! Weltweit. Enteignung der Energiekonzerne, Überführung in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Entscheidung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

warum bin ich auf die letzte Frage so ausführlich eingegangen? Ist uns das alles nicht schon lange bewusst? Auch dass man aus eigenen Fehlern lernen und damit offen umgehen muss, wie Lenin im „Linken Radikalismus“ vor fast 91 Jahren forderte?

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“

Ich setze hier einen Punkt. Die Kommunistinnen und Kommunisten mussten in vielen Fragen lernen und Schlussfolgerungen ziehen: So im Zusammenhang mit der Geschichte unserer Bewegung, der Einschätzung der Ursachen der Niederlage des Sozialismus, aber auch der Einschätzung der Stalinzeit. In der DKP wurde dazu schon vor 1989, aber vor allem in den letzten 20 Jahren intensiv diskutiert. Unser Parteiprogramm spiegelt diese Lehren und Schlussfolgerungen wider. Hinter die Aussagen unseres Programms dürfen wir nicht zurückgehen.

Lasst uns über diese Aussage Lenins im Zusammenhang mit den Antragsdebatten am heutigen und morgigen Tag noch einmal nachdenken. Und lasst uns darüber auch in Vorbereitung auf die theoretische Konferenz der DKP weiter diskutieren.

Aufgrund der Debatte auf der 2. Parteivorstandstagung liegt Euch heute ein präzisierter Vorschlag für die Vorbereitung dieser Konferenz vor, der auch ein Artikelkonzept beinhaltet. Möglichst viele Genossinnen und Genossen, die unterschiedliche Positionen vertreten, sollten in der UZ zu Wort kommen. Es wäre gut, wenn die Unterschiede deutlich würden.

Die Debatte darf jedoch nicht zu Skandalisierungen der jeweils anderen Position genutzt werden. Ein solches Herangehen finde ich unerträglich. Vor allem dann, wenn nicht mit den Genossinnen und Genossen selbst geredet wird und zudem im Internet der Vorwurf breit verbreitet wird, sie würden sich fern der Programmaussagen bewegen.

Ich kann nur dringend bitten endlich mit Skandalisierungen aller Art aufzuhören und – dem Auftrag des Parteitages entsprechend - sachlich, mit Respekt vor dem Anderen und sachbezogen zu diskutieren. Es gibt keinen anderen Weg. Aber auch

Provokationen jeder Art sind wohl kaum als Mittel der Auseinandersetzungen in einer kommunistischen Partei geeignet.

Auch dann ist sicher lange nicht geklärt, ob wir in der Partei zu inhaltlichen Klärungen kommen. Wir müssen es versuchen. Daran geht kein Weg vorbei.

Wenn Ihr dem Euch vorliegenden Beschlussentwurf für die Vorbereitung der theoretischen Konferenz zustimmt, der versucht dem Wunsch zu entsprechen, die Diskussionsfelder einzugrenzen, sollten dann in einem nächsten Schritt auch Autoren vorgeschlagen werden.

Es gibt sicher einige Unwägbarkeiten bei der Vorbereitung dieser Konferenz. Auch weil uns derzeit sicher auch die Beantwortung einiger anderen theoretische Fragen möglicherweise viel wichtiger erscheint.

Ich will hier nur die folgenden nennen:

Dabei geht es aktuell beispielsweise unter anderem

- um die **Rolle der Volksmassen in der Geschichte** unter heutigen konkreten Bedingungen, um neue Formen der Organisation von Herrschaft und Herrschaftssicherung. Veränderungen vollziehen sich derzeit gerade in Ländern der Peripherie, noch nicht in Hauptländern des Kapitals – trotz der Millionenproteste in Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien. Und diese Veränderung haben das Kapital und seine politischer Vertreter – denken wir an die Reaktionen auf die Umbrüche in Tunesien und Ägypten - so zunächst gewiss nicht erwartet.

Und wir erleben, dass auch hierzulande Aktivitäten zunehmen. Bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen, in der Anti-AKW-Bewegung, bei Stuttgart 21, bei antifaschistischen Aktionen usw. usf. Und dabei sind durchaus Teilerfolge möglich;

- um das **Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit** unter Bedingungen geringer oder wie in Libyen weitgehend fehlender gewerkschaftlicher Organisation der Klasse und zugleich meist fehlenden oder geringen Einflusses der Linken. Für uns ist wichtig zu verstehen, wie sich unter solchen Bedingungen die progressiven Kräfte formieren. Was kann man daraus auch in den entwickelteren kapitalistischen Industrieländern lernen? Und wie ist unter solchen Bedingungen eigentlich ein Weg zu sozialem und demokratischem Fortschritt möglich?
- um die eigentlich lange im Marxismus geklärte Frage, dass **Revolutionen** eben nicht nur Augenblicksereignisse und auf einzelne Aktionen reduzierbar sind, sondern dass es sich bei Revolutionen in der Geschichte um **langfristige Prozesse** handelt, deren Qualität und Umfang man – wie die eigentlichen Umbruchereignisse - erst in der Rückschau voll erfassen kann. Daran müssen wir offenbar wieder erinnern;
- aber auch um eine **weitere Präzisierung der marxistischen Position zur Technik- und Technologieentwicklung und zur Risikoproblematik** angesichts der Ereignisse in Japan und des zeitweiligen Atom-Moratoriums im eigenen Land.

Und wir müssen uns auch mit einer Reihe von weiteren Fragen beschäftigen. Wir erleben derzeit konkret, dass sich eine Reihe von Krisenprozessen überlagern, sich gegenseitig beeinflussen und verstärken. Die Aussage der „Politischen Resolution“ des

19. Parteitages über die Verflechtung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit verschiedenen weiteren Krisenprozessen bewahrheitet sich derzeit in besonderer Weise.

Wir sollten nun die Konferenz vorbereiten, dürfen aber andere wichtige Fragen, die gleichfalls praktisch-politische und theoretische Bedeutung haben zugleich nicht vernachlässigen.

Also, liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben am heutigen Tag und morgen auf unserer Parteivorstandstagung ein großes Arbeitspensum vor uns. Wir müssen entsprechende politische Folgerungen ziehen, die nächsten politischen Aktionen planen und in der Vorbereitung des UZ-Pressesfestes jetzt Pflöcke setzen.

Wir müssen auch das Konzept der für Ende Oktober geplanten theoretischen Konferenz diskutieren und beschließen, um zunächst eine gute und damit klärende Diskussion zu initiieren und dann auf der Konferenz eine erste Bilanz zu ziehen.

Es haben sich – wie die vorliegenden Anträge zeigen – zudem eine Reihe von Problemen angesammelt, über die wir uns in Ruhe und sorgfältig verständigen sollten.

Es gibt zudem Irritationen über unsere Arbeitsweise. Welche Rechte hat nun das Sekretariat, welche nicht? Ist es zudem möglich, vorhergehende Beschlüsse des Parteivorstandes – wie die unserer 1. Tagung oder jetzt der 2. Tagung - im Parteivorstand ständig in Frage zu stellen?

Wir sollten über unseren theoretischen Streit und dem Streit über Verfahrensfragen, den Meinungsunterschieden in der Partei jedoch nicht vergessen – und damit kehre ich zu meinen Eingangsüberlegungen zurück – aktiv zu sein, politisch einzugreifen: Die Verhältnisse sind in Bewegung geraten. Und wer sich jetzt nicht bewegt, aktiv ist, die richtigen Folgerungen zieht, wird den realen politischen Herausforderungen nicht gerecht.

Die DKP ist in Bewegung. Unsere Mitglieder der DKP beteiligen sich heute an den Anti-AKW-Demonstrationen, wie wir zuvor in Hamburg bzw. Schleswig-Holstein, in Berlin, im Wendland beteiligt waren. Zu den aktuellen Ereignissen liegt Bettinas Presseerklärung vom 13. März vor, damit haben sich diverse Artikel in der UZ beschäftigt, gibt es ein zentrales Plakat.

Genossinnen und Genossen sind weiter aktiv bei den Aktionen um Stuttgart 21. Die DKP ist aktiv beteiligt an antifaschistischen Blockaden wie heute in Lübeck.

Die Ostermärsche werden vorbereitet und der 1. Mai.

Wir sollten uns verstärkt in den nächsten Wochen einbringen in die betrieblichen Auseinandersetzungen wie beispielsweise gegen den Arbeitsplatzabbau bei Opel Bochum, bei Alstom Salzgitter und anderen Betrieben, und uns einbringen in die laufenden wie bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen!